

BESCHLUSSPROTOKOLL II

der 8. Sitzung des Bundesrates vom 25. Februar 1976

1. Ereignisse im Jura

Bundesrat Furgler orientiert den Rat über die Entwicklung im Jura, insbesondere die von den Béliers als Protestaktion aufgezugene Besetzung des Zollpostens von Boncourt und das Vortragen von (absolut unbegründeten) Beschwerden des Béliers-Chefs Montavon in Strassburg, beim Europarat.

Die Ahndung der Vergehen von Boncourt (Hinderung einer Amtshandlung, Sachbeschädigung usw.) ist Sache der Justiz. Die Öffentlichkeit wird durch eine entsprechende Pressemitteilung orientiert (Beilage). Der Rat nimmt ferner Kenntnis von einer Orientierung durch Herrn Furgler über die Differenzen um die Bezahlung der Kosten von ca 1 Mio Franken für die jurassische Konstituante. Der Regierungsrat des Kantons Bern ist der Auffassung, dass er diese Kosten aus rechtlichen und politischen Gründen nicht übernehmen kann. Im Bundesrat wird darauf aufmerksam gemacht, dass auch die eidgenössischen Behörden dafür keine Rechtsgrundlage hätten. Die Angelegenheit wird mit den Behörden des Kantons Bern weiter besprochen.

2. Orientierungen

Der Rat nimmt Orientierungen entgegen der Herren

- Bundesrat Graber über die abschliessende Sitzung der Kommission für den UNO-Bericht;
- Bundesrat Ritschard über das Defizit der PTT-Betriebe im Jahre 1975 (statt 102 nur 53 Mio);
- Bundesrat Hürlimann über das Erscheinen des Kultur-Berichts (Kommission Clottu).

1.3.1976 Br/Ba

BUNDESKANZLEI

geht an die Herren

- Departementsvorsteher (7)
- Bundeskanzler (1)
- Vizekanzler (2)

PressemitteilungJura

Der Vorsitzende der bundesrätlichen Jura-Delegation, Bundesrat Kurt Furgler, orientierte die Landesregierung über das kürzliche Konsultationsgespräch mit der Jura-Delegation des bernischen Regierungsrates, bei dem einerseits die Finanzierung der mit der Bildung des neuen Kantons verbundenen Gründungskosten und andererseits die politische Lage im Jura besprochen wurden. Der Bundesrat zeigt sich besorgt über die erneute Zunahme der Spannungen im Jura, vor allem über die Intoleranz, welche die Lösung der anstehenden Probleme unnötig erschwert.

Bundesrat Furgler informierte die Landesregierung auch über die Vorfälle in Boncourt, wo Mitglieder der separatistischen Jugendgruppe "Bélier" vom Freitag- bis Samstagabend den Zollposten besetzt hielten. Die Besetzung erfolgte angeblich aus Protest gegen neuerliche Verhaftungen im Jura. Diese Verhaftungen sind vom Bundesanwalt wegen dringenden Verdachts der Beteiligung an Sprengstoffdelikten angeordnet worden. Sprengstoffdelikte unterstehen der Bundesgerichtsbarkeit; die gerichts-polizeilichen Ermittlungen werden vom Bundesanwalt geführt. Die bezüglichen Untersuchungen laufen zum Teil seit 1972; mit der bevorstehenden Wahl des Verfassungsrates im Jura stehen sie - entgegen anderslautenden Behauptungen - in keinem Zusammenhang. Den Verhafteten stehen übrigens alle prozessualen Rechte zur Verfügung, vor allem die Haftbeschwerde an das Bundesgericht, von der auch Gebrauch gemacht worden ist. Entfällt der Haftgrund, so wird von Amtes wegen die Entlassung angeordnet. Der Bundesrat verurteilt jeden Versuch aufs schärfste, durch Anwendung von Gewalt auf das Verfahren einzuwirken. Soweit damit Straftatbestände erfüllt sind, werden sie geahndet. Die erforderlichen Ermittlungen sind eingeleitet. Die Öffentlichkeit soll über den Fortgang des Verfahrens orientiert werden.

//

- 2 -

Im übrigen sind im Kanton Bern noch eine Reihe von Strafverfahren über im Jura, beispielsweise in Moutier und in Tavannes, begangene Delikte hängig, die nicht der Bundesgerichtsbarkeit unterliegen. Zu ihrer Untersuchung und Beurteilung sind die kantonalbernerischen Gerichts- und Verwaltungsbehörden und, in letzter Instanz, das Bundesgericht zuständig. Auch hier müssen die Ergebnisse abgewartet werden. Es kann und darf nicht Sache des Bundesrates sein, in kantonale Strafverfahren einzugreifen.

EIDGENOESSISCHES
JUSTIZ- UND POLIZEIDEPARTEMENT
Informations- und Pressedienst